

Machtprobe in Bolivien

Massenproteste gegen neoliberale Regierung. USA mobilisieren rechte Regierungen der Region, allen voran die Argentinien

Von Volker Hermsdorf

Bolivien versinkt im Chaos. Seit Wochen wehrt sich ein immer breiter werdendes Bündnis aus Gewerkschaften, Bauernverbänden, indigenen Gemeinschaften und sozialen Organisationen gegen den neoliberalen Umbau des Staates, den die Regierung des rechten Präsidenten Rodrigo Paz unter dem Schlagwort »Kapitalismus für alle« vorantreibt. Vertreter der wirtschaftlichen und politischen Eliten des Landes, rechte lateinamerikanische Regierungen und die USA versuchen indes, den Volksaufstand gemeinsam niederzuschlagen. Expräsident Evo Morales spricht bereits vom »Plan Cóndor 2026« - einer Neuauflage der »Operation Condor«. Unter diesem Codenamen hatten faschistische südamerikanische Diktaturen in den 1970er Jahren Tausende Oppositionelle unter Anleitung der US-Geheimdienste verfolgt und ermordet.

Der Verdacht ist nicht abwegig. Der stellvertretende US-Außenminister Christopher Landau bezeichnete die Massenproteste am Dienstag als »Staatsstreich, finanziert durch ein perverses Bündnis zwischen Politik und organisiertem Verbrechen«. Nachdem acht rechtsgerichtete lateinamerikanische Regierungen von Chile bis Costa Rica der bolivianischen Opposition in einer gemeinsamen Erklärung vorgeworfen hatten, die »demokratische Ordnung« zu destabilisieren, fügte Landau hinzu: »Ich hoffe, dass es uns gelingt, alle Länder der Hemisphäre dazu zu bringen, sich ähnlich zu äußern.«

Er forderte insbesondere Brasilien und Kolumbien auf, Rodrigo Paz zu unterstützen. Landau versicherte, die Regierung von US-Präsident Donald Trump arbeite daran, sicherzustellen, dass »regierungsfeindliche und antiinstitutionelle Kräfte« sich nicht durchsetzen. »Ich würde es sehr bedauern, wenn der vielversprechende Aufbruch in Bolivien scheitern sollte«, sagte er. Es sei »schlecht für alle Länder Amerikas, eine solche Form von Unzivilisiertheit zu erleben«. Der Stellvertreter von Marco Rubio lobte vor allem die Unterstützung Argentinien für die Regierung von Paz und erklärte, »nicht die gesamte Last« solle auf den USA liegen.

Während Kolumbiens Präsident Gustavo Petro sich auf die Seite der Demonstranten stellte, vor der »Unterdrückung des bolivianischen Volkes« und einem »Massaker« warnte, falls die Repression weiter zunehme, steht Argentinien Regierung im Verdacht, Material zur Aufstandsbekämpfung nach Bolivien geliefert zu haben. In Buenos Aires verlangen Oppositionsabgeordnete Aufklärung über Flüge von Frachtmaschinen vom Typ »Hercules C-130« nach Bolivien. Der bolivianische Abgeordnete Rolando Pacheco von der linken

Alianza Popular (AP) vermutet, dass die Flugzeuge keine humanitäre Hilfe transportierten, wie die Regierung von Javier Milei behauptet, sondern Geräte für Polizei- und Militäreinsätze zur Unterdrückung der Demonstrationen.

Parallel dazu mobilisieren Boliviens wirtschaftliche Eliten gegen die Protestierenden. In Santa Cruz rief das ultrarechte »Bürgerkomitee Pro Santa Cruz« für Donnerstag zu einem »Marsch für die Demokratie« auf. In Cochabamba und La Paz demonstrierten bereits die »Pititas« genannten Bewohner der wohlhabenden Viertel gegen die Blockaden und machten Expräsident Evo Morales als Hauptorganisator der Proteste verantwortlich.

Morales selbst warnt indes davor, dass die Repression der Paz-Administration in Zusammenarbeit mit den USA und den rechten Regierungen der Region intensiviert werden könnte. Das würde vor allem indigene und gewerkschaftliche Bewegungen treffen. Über digitale Plattformen in Argentinien würden bereits Hasskampagnen gegen Indigene geschürt. Zugleich habe der mit Trump verbündete Gründer der US-Söldnerfirma Academi (zuvor Blackwater), Erik Prince, eine Intervention gegen die »aufständischen Volksbewegungen« gefordert, so Morales laut dem Sender *Telesur*. Bolivien ist damit zum Brennpunkt eines weiteren regionalen Konflikts geworden.

<https://www.jungewelt.de/artikel/522891.lateinamerika-machtprobe-in-bolivien.html>